

L 14

Linksextremistische „Rote Hilfe“ im Abgeordnetenbüro Der Linken?

**Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU
vom 30. Januar 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Seit wann sind dem Senat beziehungsweise den zuständigen Behörden die im Internet angekündigten „Sprechstunden“ der Roten Hilfe im „Links-Treff im Buntentor“ (Stadtteil- und Abgeordnetenbüro des Bürgerschaftsabgeordneten Olaf Zimmer, Die Linke) bekannt?
2. Wie bewertet der Senat es politisch und sicherheitsrechtlich, wenn eine vom Verfassungsschutz dem gewaltorientierten Linksextremismus zugerechnete Organisation in Räumen eines Abgeordnetenbüros Sprechstunden anbietet, und welche konkreten roten Linien zieht der Senat gegenüber seinem Koalitionspartner Die Linke in diesem Fall?
3. Wird der Senat von der Linksfraktion beziehungsweise dem Abgeordneten verlangen, dass diese Sprechstunden umgehend beendet und die Nutzung der Räumlichkeiten unterbunden wird?

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet:

Die „Rote Hilfe“ ist eine Gruppierung aus dem Spektrum des gewaltorientierten Linksextremismus. Diese Bewertung beruht auf den Erkenntnissen des Landesamtes für Verfassungsschutz, die im Rahmen einer gerichtlichen Überprüfung durch das Verwaltungsgericht Bremen und das Oberverwaltungsgericht Bremen geprüft und gebilligt wurde. Der Senat lehnt daher eine Zusammenarbeit mit der „Roten Hilfe“ ab. Das Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet die Gruppierungen aus diesem Phänomenbereich kontinuierlich im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags und berichtet hierüber auch öffentlich, insbesondere in den Jahresberichten. Einzelheiten zur Erfüllung dieses Beobachtungsauftrags können aufgrund der Geheimhaltungsbedürftigkeit nur der Parlamentarischen Kontrollkommission mitgeteilt werden.